

An die Medien im Kanton Luzern  
Luzern, 6. April 2006

## **Das Finanzleitbild verkauft Illusionen**

**Die Finanzpolitik des Kantons Luzern wird zu weiterem Leistungsabbau führen. Es ist nicht möglich, gute Leistungen mit durchschnittlicher Steuerbelastung zu finanzieren, wenn die Einkommen unter dem Durchschnitt liegen.**

Der Kanton Luzern will die angeblich bewährte Finanzpolitik der letzten Jahre fortführen. Die Schulden sollen auf ein tragbares Mass abgebaut werden und die Steuerbelastung dem nationalen Durchschnitt angenähert werden. Die SP ist überzeugt, dass die Steuersenkungspolitik einer Mehrheit der Bevölkerung einen sehr hohen Preis abverlangen würde. Korrekturen sind möglich bei der Debatte über die Steuergesetz-Revision 08 im Grossen Rat, bei der Abstimmung über die Initiative "Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen" und bei den Wahlen 2007.

Die Einkommen im Kanton Luzern liegen deutlich unter dem nationalen Durchschnitt, weil in unserem Kanton wertschöpfungsstarke Wirtschaftszweige weitgehend fehlen. Es ist darum nicht erstaunlich, dass der Kanton Luzern sein heutiges Leistungsangebot mit einer überdurchschnittlichen Steuerbelastung bezahlen muss.

Auf dieser Grundlage wäre es auch möglich, mit einer durchschnittlichen Steuerbelastung ein unterdurchschnittliches Leistungsangebot zu finanzieren. Nicht möglich hingegen ist es, gute Leistungen mit maximal durchschnittlichen Steuern zu bezahlen. Genau das sieht das kantonale Finanzleitbild aber vor. Es verkauft Illusionen. Die SP hält sich an die Logik und kommt zum Schluss: Die Steuersenkungspolitik des Kantons wird unweigerlich zu weiterem Leistungsabbau führen.

Dass die Reduktion der Vermögenssteuern reiche Privatpersonen in den Kanton lockt, ist eine Illusion. Denn einerseits werden Steueranreize nach wie vor überschätzt, andererseits ist ein Kanton mit mässigen staatlichen Leistungen auch für Reiche kein attraktiver Wohnort.

Dass die Reduktion der Unternehmenssteuern Firmen in den Kanton lockt, ist eine Illusion. Der Kanton Luzern gehörte jahrelang zu den steuerlich attraktivsten Standorten in Europa. Abgesehen vom Gastspiel der Lego hat diese Attraktivität sehr wenig gebracht. Die von der Regierung behaupteten Kompensationseffekte sind aus Sicht der SP völlig unrealistisch.

Befremdet ist die SP vom plötzlichen Wechsel der Definition der Verschuldung. Wenn innert wenigen Wochen aus einer "Verschuldung" von 300 Millionen (oder 800 Franken pro Kopf) eine "Netto-Schuld" von 3600 Franken pro Kopf (oder etwa 1,3 Milliarden) wird, sind Fragen vorprogrammiert. Finanztechnisch mögen die Begriffe und die Zahlen in Ordnung sein. Der Wechsel fördert aber das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ganz sicher nicht. Und für die demokratische Debatte sind solche Begriffswechsel mitten im "Spiel" verheerend. Ohne allseits anerkannte Begriffe und Zahlen ist ein konstruktiver Dialog kaum möglich.

Die SP erinnert ausserdem einmal mehr daran, dass die Regierung vor dreieinhalb Jahren eine Initiative des VTS dem Volk zur Ablehnung empfahl. Die geforderten Steuersenkungen von rund 200 Millionen bis 2011 seien eine "unüberlegte Rosskur". Diese Politik füge dem Kanton "grossen Schaden zu". Das Volk lehnte die Initiative ab. Dennoch verfolgt die Regierung heute eine Finanzpolitik, die bis 2010 Steuersenkungen im Ausmass von gut 300 Millionen vorsieht – ohne Ausfälle bei den Gemeinden. Mit ihrer Politik ignoriert die Regierung also nicht nur einen Volksentscheid. Sie verleugnet auch ihre eigenen Argumente von 2002. Beides ist inakzeptabel. Beides fügt dem Kanton Luzern grossen Schaden zu.

Rückfragen:

Jörg Häfliger, Co-Präsident SP Kanton Luzern (041 420 33 54)

Felicitas Zopfi-Gassner, Fraktionschefin (041 240 13 66)